13.02.2019

DR. HUBERTUS KNABE

Glasnost für die Umwelt

Zur Lage des Umweltschutzes in Ungarn

Bedrohte Trinkwasserreserven, Grenzwertüberschreitungen bei der Luftverunreinigung und Probleme bei der Sondermüllentsorgung haben in den 1980-er Jahren in der Volksrepublik Ungarn zu verstärktem Umweltengagement geführt. Als Reaktion auf die schwache Umweltschutzbehörden und ein zahnloses Umweltschutzgesetz ist dabei auch eine Reihe von Bürgerinitiativen entstanden, die im Sozialismus allerdings nur in engen Grenzen agieren durften. Erst im Zuge der Liberalisierung des politischen Systems durch Reformkräfte innerhalb der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei weiteten sich die Spielräume für Umweltaktivisten. So wurde im Januar 1989 ein Vereinigungs- und Versammlungsgesetz verabschiedet, das unabhängiges politisches Engagement in Ungarn offiziell legalisierte. Höhepunkt dieser Entwicklung war der Beschluss der ungarischen Regierung vom Mai 1989, für das umstrittene Staustufensystem an der Donau einen Baustopp zu verhängen.

In: Osteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsfragen des Ostens, Nr. 7/1989, S. 633-648.

Hubertus Knabe

Glasnost für die Umwelt

Zur Lage des Umweltschutzes in Ungarn

Die Zerstörung der natürlichen Umwelt, so hatte es bislang den Anschein, gehört in den sozialistischen Ländern zu den politischen Themen von untergeordneter Bedeutung. Zwar wuchs das Ausmaß der Schäden in einem Maße, daß diese sich zunehmend als schwere ökonomische Verluste bemerkbar machten und auch für die Bevölkerung nicht mehr zu übersehen waren; jenen außerordentlichen Stellenwert, den das Thema in den westlichen Industriestaaten, zumal in der Bundesrepublik innehat, konnte es in Osteuropa jedoch nie gewinnen.
Die Gründe für diesen Unterschied in der politischen Kultur der Industriegesellschaften östlicher und westlicher Prägung liegen sicherlich nicht in einem geringeren Ausmaß der Umweltprobleme im Sozialismus, die nach allen zur Verfügung stehenden Informationen zumindest in den sozialistischen Ländern Mitteleuropas sogar erheblich gravierender sind als in den kapitalistischen. Wirksam werden in diesem Zusammenhang vielmehr der Modernisierungsverzug und die allgemeine ökonomische Schwäche dieser Länder, die nicht nur dafür verantwortlich sind, daß für wirksame Umweltschutzmaßnahmen Kapital und Technologie fehlen, sondern daß auch im Bewußtsein der politischen Führung und der Bevölkerung andere Ziele Priorität genießen. Darüber hinaus ist die Entstehung von Umweltbewußtsein eng verknüpft mit dem Informationsstand einer Gesellschaft und ihren Möglichkeiten, bestimmte Einsichten oder Interessen auch gegenüber den wirtschaftlichen und politischen Machtinstanzen zu artikulieren; beides ist in den sozialistischen Staaten in der Vergangenheit bekanntlich überwiegend restriktiv gehandhabt worden.
Inzwischen gewinnt das Thema Umweltschutz jedoch auch im Sozialismus an Bedeutung. Den Unterbau dafür liefern eine alarmierende Zunahme der Probleme sowie ein auch in der DDR und Osteuropa zu beobachtender Wertewandel vor allem in der jüngeren Generation (Hubertus Knabe: Neue soziale Bewegungen als Problem der sozialistischen Gesellschaft. Zur Entstehung und Bedeutung neuartiger Bewußtseinslagen in der DDR und Ungarn, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft, Köln 1987, S. 113ff.). Daß diese Disposition sich seit einigen Jahren in vermehrter Aktivität niederschlagen kann, ist eine Folge der „Zivilisierung" der politischen Macht im Sozialismus, die bestimmten Bestrebungen, besonders wenn sie letztendlich dem eigenen System zugute kommen, größere Spielräume gewährt.
Ein spürbarer Wandel in dieser Frage ist jedoch erst im Zusammenhang mit dem gegenwärtigen Reformprozeß in Osteuropa eingetreten, der in zweierlei Hinsicht von Bedeutung ist: Zum einen sind die Medien im Zeichen von „Glasnost" zu offener, bis-

weilen schonungsloser Berichterstattung aufgefordert; zum anderen sind halbautonome Bürgergruppen Bestandteil des politischen Lebens geworden und entfalten nunmehr vielfältige Aktivitäten. Daß beide Faktoren gerade beim Thema Umwelt besonders große Wirksamkeit entfalten können, liegt wohl daran, daß hier in den Augen der Parteiführungen der Nutzen solcher Bürgerinitiativen den möglichen Schaden überwiegt.

Schwache Umweltschutzbehörden ...

Die Volksrepublik Ungarn ist für den skizzierten Bedeutungswandel der ökologischen Frage im Sozialismus ein besonders gutes Beispiel. Aufgrund des verspätet eingesetzten Industrialisierungsprozesses und der überdurchschnittlichen Bedeutung der Landwirtschaft spielten Fragen des Umweltschutzes im Bewußtsein der Bevölkerung bis vor wenigen Jahren nur eine marginale Rolle. Der relativ geringe Problemdruck in diesem Bereich hat außerdem bewirkt, daß - im Vergleich etwa zur DDR - die Entwicklung einer staatlichen Umweltpolitik nur mit großer Verspätung einsetzte.
Institutionell ist der Umweltschutz in Ungarn bis in die jüngste Vergangenheit geprägt gewesen durch eine starke Zersplitterung, mangelnde Koordination und geringe Wirksamkeit. Lediglich im Bereich des Wasserwesens und des Naturschutzes gab es zwei Landesbehörden mit einer historisch gewachsenen und auch territorial ausgebauten organisatorischen Struktur, die übrigen Umweltschutzaufgaben fielen in den Zuständigkeitsbereich verschiedener Ministerien. 1974 begann mit der Bildung eines Landesumweltrates beim Ministerrat eine lange Reihe von Reorganisationsversuchen beim Umweltschutz, die jedoch aufgrund interner Widerstände nur geringen Erfolg zeitigten. 1977 beschloß die Regierung abermals die Schaffung eines Landesrates für Umwelt- und Naturschutz, der - als förmlicher Regierungsausschuß - nunmehr größere Kompetenzen erhalten und durch ähnliche Räte in den Komitaten ergänzt werden sollte. Gleichzeitig wurde das alte Naturschutzamt zum Landesamt für Natur- und Umweltschutz (Országos Környezetés Természetvédelmi Hivatal - OKTH) erweitert.
Auch dieses Organisationsmodell erwies sich als untauglich. Eine Klausel war vereinbart worden, daß „Fragen, mit denen bedeutende materielle Auswirkungen für die Volkswirtschaft verbunden sind", außerhalb der Entscheidungskompetenz des Rates lagen (Géza Kilény: Környezetvédelmi igazgatás - környezetvédelmi jog [Umweltschutzverwaltung - Umweltschutzrecht], in: Forrás, 1/1987, S. 11); sein Vorsitzender, der jetzige Staatspräsident Bruno F. Straub, besaß wenig Autorität, weil er Wissenschaftler und kein Parteikader war. Darüber hinaus stand hinter dem Rat nicht wie bei den anderen Regierungsausschüssen - zum Beispiel beim Staatlichen Plankomitee - ein mächtiger Behördenapparat, sondern nur das unbedeutende Umweltamt, das zudem lediglich beim Naturschutz über Lenkungsrechte verfügte.
Erst 1979 erhielt das Amt nach jahrelangen internen Diskussionen auch die zentrale Lenkung im Bereich der Luftreinhaltung, der Sondermüll-Beseitigung und des Lärm- und Schwingungsschutzes. Diese Kompetenzen mußte sich das Umweltamt jedoch weiterhin mit anderen Ministerien teilen; sie konnten zudem nur mangelhaft zur Geltung gebracht werden, weil das Umweltamt über zu wenig Personal verfügte und sich bei den beiden letztgenannten Gebieten auf keinerlei Organisationsstruktur oder Rechtsvorschriften stützen konnte. Die vom Umweltamt eingerichteten sieben regionalen Aufsichtsämter arbeiteten eine Zeitlang ohne rechtliche Grundlage, also praktisch illegal, und haben trotz gegenteiliger Bemühungen bis heute nicht die Zuständigkeit für die Luftreinhaltung zuerkannt bekommen.
1985 unternahm die Regierung unter einem wachsenden Problemdruck einen neuerli-

chen Versuch, den Umweltschutz effizienter zu organisieren. An die Stelle des Landesumweltrates trat ein ständiger Parlamentsausschuß für Stadtentwicklung und Umweltschutz, seine Kompetenzen bei der operativen Koordination wurden an das Umweltamt übertragen, dessen Leiter nun den Rang eines Staatssekretärs bekleidete. Weil jedoch wesentliche umweltrelevante Sektoren wie Gesundheit, Wasser, Landwirtschaft, Forsten oder Strahlenschutz nach wie vor nicht der Kontrolle des Umweltamtes unterlagen und weil die personelle Ausstattung unzureichend blieb, fehlte es weiterhin an einer starken Behörde für den Umweltschutz.
Auf Ministerebene wurde der Umweltschutz in Ungarn erst verankert, als Regierungschef Károly Grósz - 16 Jahre nach der DDR - im Zuge einer Regierungsumbildung im Dezember 1987 ein Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft (Minister: László Maróthy, Politbüromitglied unter Kádár) einrichtete. Mit diesem Schritt soll „die Schaffung eines einheitlichen Organisations- und Lenkungssystems zwecks Koordinierung und Kontrolle bei Umweltwirtschaft, Nutzung der natürlichen Ressourcen sowie Entwicklung und Schutz der natürlichen Umgebung" (Budapester Rundschau, 1.2. 1988) bewirkt werden. Da der organisatorische Aufbau der im Hintergrund tätigen Institutionen und Betriebe erst im Anfangsstadium ist, ist bislang nicht abzuschätzen, in welchem Maße dieser neuerliche Reorganisationsversuch zu einer Stärkung der Umweltschutzinstitutionen führen wird. Die Vereinigung der Behörden für Umweltschutz und für Wasserwesen gilt in Ungarn jedoch insofern als problematisch, als damit Kritiker und Befürworter des umweltpolitisch umstrittensten Projektes, des Staustufensystems an der nördlichen Donau, in einem Ministerium zusammengeschlossen wurden - bei deutlicher personeller Überlegenheit der Wasserbehörde, die für das Projekt verantwortlich zeichnet.

... und ein zahnloses Umweltschutzgesetz

Ähnliche Defizite bestimmen bis heute auch die Gesetzgebung zum Umweltschutz in Ungarn, die erst in den siebziger Jahren richtig in Gang gekommen ist. Zuvor war 1961 lediglich eine Verordnung zur betrieblichen Abwässerreinigung verabschiedet worden, die eine Schmutzwassereinleitungsgebühr einführte, sowie eine weitere zum Naturschutz, die jedoch hinter den Bestimmungen eines Vorkriegs-Gesetzes zurückfiel. Außerdem war ein Gesetz über den Schutz des landwirtschaftlich genutzten Bodens in Kraft getreten. 1971 faßte der Ministerrat erstmals einen Beschluß über die Luftreinhaltung, der 1975 durch die Einführung einer Luftverunreinigungsstrafe ergänzt wurde. Ein Jahr darauf verabschiedete das Parlament - drei Jahre nach der Einbringung - das „Gesetz über den Schutz der menschlichen Umwelt" als allgemeines Basisgesetz zum Umweltschutz (abgedruckt in: Environment and Society, Budapest 1979, S. 108-120). Dieses enthielt jedoch nur in den rechtlich bis dahin schon geregelten Bereichen detaillierte Rechtsvorschriften, während die übrigen Bereiche so lange weiter ungeregelt blieben, wie nicht entsprechende Bestimmungen in Kraft traten.
Nach einer Novellierung der Verordnung über die Schmutzwasserabgabe im Jahre 1978 beschloß die Regierung unter dem Eindruck einer schweren Trinkwasservergiftung in Vác 1981 eine Sondermüll-Verordnung, die die Produzenten erstmals zur Unschädlichmachung ihrer gefährlichen Abfälle verpflichtete. In der Folgezeit kam es zu Novellierungen beim Naturschutz und bei der Schmutzwasserstrafe, und 1986 trat eine Smog-Verordnung in Kraft, die kurz darauf durch verschärfte Bestimmungen zur Luftreinhaltung ergänzt wurde. 1987 wurde schließlich ein neues Bodengesetz verabschiedet, das unter anderem ein Strafgeld zum Bodenschutz einführte.
Ungarische Experten haben wiederholt Zweifel an der Qualität der eigenen Umweltschutzbestimmungen geäußert. „Als juristische Produkte bestehen sie sicherlich auf

einer Reihe von Gebieten den internationalen Vergleich. Was jedoch die tatsächliche Umsetzung und die praktische Realisierung betrifft, haben wir gewiß nicht viel Recht zu prahlen." (Kilényi, a.a.O., S. 14)

Die Gründe für dieses Vollzugsdefizit liegen zum einen an den mangelhaften Möglichkeiten, ihre Einhaltung zu kontrollieren. Für die Erfassung der Emissionen steht nämlich kein entsprechender Meßapparat zur Verfügung, die Behörden sind vielmehr auf betriebliche Selbstkontrollen bzw. technologische Stoffmessung angewiesen. „Aufgrund der Selbstbekenntnis-Methode und des Mangels an Datendienst-Disziplin", zieht das Statistische Zentralamt seine eigenen Zahlen zur Luftverunreinigung in Zweifel, „können die Daten nur in bezug auf die Industrie als mehr oder weniger maßgeblich betrachtet werden" (Központi Statisztikai Hivatal: A környezet állapota és védelme [Zustand und Schutz der Umwelt], Budapest 1986, S. 216).

Noch katastrophaler ist die Lage bei den Abfällen und hier besonders beim Sondermüll, über den man sich seit 1982 auf Basis betrieblicher Eingeständnisse ein Bild zu verschaffen sucht. „Ein Teil der Abfälle", beschrieb eine Umweltschützer-Zeitschrift die Situation, „‚verschwindet' vollkommen unkontrolliert im Lande [. . .]. Die in ihrem eigenen Abfall ‚erstickenden' Unternehmen versuchen, sich um jeden Preis - und wenn es nicht anders geht auf gesetzwidrige Weise - von ihren gefährlichen Stoffen zu befreien. Sie können das, weil die personellen und objektiven Bedingungen der behördlichen Kontrolle unvorstellbar schlecht sind." (Természetvédelem, Nr. 5, S. 9 und S. 15)

Der zweite Grund für die geringe Wirksamkeit der Umweltgesetze liegt in den mangelnden technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Betriebe, den Bestimmungen Rechnung zu tragen. Als man die Großunternehmen zu Zeiten des zentralisierten Wirtschaftlenkungssystems ins Leben rief, klagte ein Vertreter der chemischen Industrie in einem Aufsatz, seien die Investitionen für den Umweltschutz ausgeblieben oder unzureichend gewesen. Jetzt, wo die Betriebe selbständig wirtschaften müßten, sollten sie die nötigen Nachrüstungen aus eigenen Finanzmitteln vornehmen - und damit für die Versäumnisse der Zentrale bezahlen (István Gombás: A környezetvédelemröl reálisan [Über den Umweltschutz - realistisch betrachtet], in: Valóság, 1/1987, S. 37).

Zwar übernimmt das Umweltamt inzwischen 30 Prozent der Investitionskosten aus einem aus Umweltbußgeldern gespeisten Umweltschutz-Fonds (die anachronistischerweise wieder besteuert werden); weitere 30 Prozent werden vom Staat vorgestreckt. Doch auch die restlichen 40 Prozent übersteigen häufig die finanziellen Möglichkeiten der Unternehmen. Skeptisch äußerte sich deshalb die Parteizeitung „Népszabadság" (4. 10. 1984) über die Erfolgsaussichten des Umweltschutzes in Ungarn. Trotz aller Maßnahmen sei es „nicht zu erwarten, daß die Qualität unserer Umwelt auch nur auf dem gegenwärtigen Niveau zu halten ist. Einer der Gründe dafür ist, daß der größte Teil der Unternehmen nicht so viel Geld hat, wie man zur Erlangung der aus dem Umweltschutzfonds beziehbaren Gelder benötigt."

Kritisiert wird in Ungarn auch die Praxis, Verstöße gegen Umweltschutznormen zum dritten durch steigende Bußgelder - inzwischen anderthalb Milliarden Forint pro Jahr - zu sanktionieren, ohne daß dadurch die Ursachen der Verschmutzung beseitigt würden. Die Strafgeldfestsetzung, monierte der zitierte Vertreter der chemischen Industrie in einem Interview (Népszabadság, 11. 3. 1987), entferne sich von der Wirklichkeit, wenn sein Betrieb nach der neuesten Abfallverordnung für seine gelagerten Stoffe theoretisch eine Strafe in Höhe des gesamten Jahresgewinns zahlen müsse. Und im Zusammenhang mit der Luftverunreinigung habe das Unternehmen trotz einer Investition zur Verminderung der Emissionen in Höhe von 20 Millionen Forint anderthalb Millionen Forint Strafe zahlen müssen. „Vergebens", schreibt ein anderer Autor, „entwickeln wir die Bußgeldverordnung weiter und verschärfen sie, wenn wir nicht auf der anderen Seite mit günstigen Krediten, mit Steuervergünstigungen und anderen Instrumenten die reale Möglichkeit schaffen, daß die Unternehmen sich auf dem Weg der

Verringerung oder der Beseitigung der Umweltverschmutzung von den Lasten der Strafe befreien können" (Kilényi, a.a.O., S. 15).
Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum viele Bereiche des Umweltschutzes durch das ungarische Umweltrecht nur als scheinbar geregelt gelten können. Da Intention und Wortlaut der Bestimmungen in der Praxis nur teilweise oder gar nicht zur Anwendung kommen, wird auch die Herausbildung eines Rechtsbewußtseins im Umweltschutz verhindert. So sind etwa die Bestimmungen zum Smog-Alarm nach Meinung ungarischer Experten auch bei hohen Schadstoffbelastungen überhaupt nicht praxisrelevant (ebenda, S. 8). Inzwischen wird jedoch in der ungarischen Regierung die Ausarbeitung eines neuen, an den bundesdeutschen Vorschriften orientierten Umweltrechts erwogen. Als erstes sollen die Kredit- und Steuerpolitik sowie die Regeln der wirtschaftlichen Stimulierung und Auflagen beim Umweltschutz modernisiert werden. Langfristig, hießt es in einem Artikel des stellvertretenden Präsidenten des Umweltamtes (Népszabadság, 25.4. 1987), ließe sich aber der Gegensatz von Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz wahrscheinlich nur auflösen, wenn der Markt in der Bewertung der in Anspruch genommenen Naturschätze und der Produkte die gesellschaftlich in Gang gesetzten Aufwendungen berücksichtige - ein auch in westlichen Gesellschaften bislang unerreichtes Ziel.

Bedrohte Trinkwasserreserven ...

Die Versäumnisse der ungarischen Umweltpolitik haben mittlerweile dazu geführt, daß - trotz verhältnismäßig geringer Industrialisierung des Landes - die Umweltprobleme in einer Reihe von Bereichen ein besorgniserregendes Ausmaß angenommen haben. Deutlich wird auch, daß gerade die Landwirtschaft mit ihren „industriemäßigen" Produktionsmethoden spezifische Umweltschäden hervorbringt, deren Bedeutung inzwischen durchaus mit industriellen Umweltproblemen vergleichbar ist.
Im Bereich der **Wasserverschmutzung** gibt - bei insgesamt großem Wasserangebot - vor allem eine zunehmende Belastung der reichhaltigen Grund-, Karst- und Thermalwasservorkommen Anlaß zur Sorge. Von den für die Wasserversorgung herangezogenen unterirdischen Wasservorkommen gelten 10 Prozent als geschädigt, 60 Prozent als unmittelbar bedroht und 30 Prozent als langfristig von Verschmutzung bedroht. Bei einer Analyse von Grundwasserproben mußten 1983 25,7 Prozent unter biologischen und 38,4 Prozent unter chemischen Aspekten beanstandet werden (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 159). Insbesondere die hohe Nitratbelastung aufgrund der extensiven Düngung in der Landwirtschaft hat dazu geführt, daß 800 der 3063 ungarischen Siedlungen über kein gesundes Wasser mehr verfügen und anderweitig versorgt werden müssen (Népszabadság, 27.3. 1987). Der Konsum des belasteten Wassers - beispielsweise aus einem der verbreiteten privaten Brunnen - kann bei Säuglingen die lebensbedrohende Krankheit Methämoglobinämie auslösen. Darüber hinaus wurde in Ungarn nachgewiesen, daß die Zahl der Todesfälle aufgrund von Erkrankungen des Verdauungstraktes in Gebieten mit hoher Nitratbelastung des Trinkwassers deutlich größer ist als in weniger belasteten Gebieten.
Eine der Ursachen für diese Entwicklung ist - neben dem hohen Nährstoffeintrag aufgrund der Überdüngung in der Landwirtschaft - die geringe Schmutzwasserreinigungskapazität des Landes. Von den der Reinigung bedürfenden industriellen Abwässern wurden 1984 nur 18 Prozent in erforderlichem Maße, 69 Prozent teilweise und 14 Prozent überhaupt nicht gereinigt (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 139). Bei den privaten Haushalten wirkt sich negativ aus, daß 1987 zwar 86,4 Prozent der Bevölkerung an gesundes Trinkwasser, aber nur 40 Prozent an die öffentliche Kanalisation angeschlossen waren (Népszabadság, 12.3. 1987), so daß die Abwässer - häufig völlig

unzureichend - lokal beseitigt werden müssen. Im Bereich der Landwirtschaft wurden 1982 46 Prozent des Schmutzwassers in die Flüsse geleitet, 48 Prozent versickerten und 6 Prozent wurden zur Verregnung verwandt; von den 48 Mill. Kubikmeter Gülle pro Jahr befreite man sich zu 42 Prozent durch Verregnung oder Düngung, 40 Prozent versickerten auf ausgewählten Gebieten, 12 Prozent leitete man in andere Aufnahmestellen, die Beseitigung von 6 Prozent war ungelöst (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 148f.).
Unmittelbar Leidtragende sind die Seen und Flüsse in Ungarn, die ohnehin schon durch Schadstoffe aus den Nachbarländern, vor allem aus Rumänien und der Tschechoslowakei, stark belastet sind. Die Wasserqualität der Donau entspricht nur der Güteklasse II, bei einzelnen Stoffen sogar nur der Klasse III; wiederholt kam es in dem Fluß zu Fischsterben. Ähnlich belastet sind auch die meisten anderen Flüsse Ungarns. Als besonders gefährdetes Gewässer gilt jedoch der Balaton, der aufgrund des geringen natürlichen Wasseraustausches auf eine übermäßige Nährstoffzufuhr durch Landwirtschaft, Tourismus und Besiedelung mit rascher Eutrophierung reagiert. Anfang der siebziger Jahre nahm der Anteil des Chlorophylls im Seewasser plötzlich dramatisch von 3-15 mg/m³ auf 10-107 mg/m³ zu, so daß es teilweise nicht mehr „nur" als eutroph, sondern sogar als hypertroph bezeichnet werden mußte. Nach einem vorrübergehenden Absinken der Werte stiegen diese Anfang der achtziger Jahre erneut auf beinahe 200 mg/m³ (1982) an (Magda Nádai: Számvető Könyvecske. Környezeti problémák számokban, képekben [Rechenbüchlein. Umweltprobleme in Zahlen und Bildern], Budapest 1984, S. 41f.). Der Sauerstoffmangel im See führte auch zu mehrfachem Fischsterben sowie zu geringeren Fangerträgen. Durch Gegenmaßnahmen hat sich die Wasserqualität des Balaton inzwischen wieder verbessert und wird mit Klasse I im Ostteil und Klasse II im Westteil angegeben.

... und Überschreitung der Grenzwerte

Im Bereich der **Luftverunreinigung** ist die Situation in Ungarn zwar keineswegs so dramatisch wie in Polen, der Tschechoslowakei und der DDR, doch durch die starke regionale Konzentration der Belastungen nehmen diese - besonders in den Wintermonaten - in einzelnen Gebieten ernste Ausmaße an. 7,5 Prozent der Landesfläche gelten als stark belastet, darunter die Hauptstadt Budapest sowie eine Reihe von Industriegebieten besonders im Norden des Landes, doch leben in diesem Gebiet rund 40 Prozent der Bevölkerung (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 238).
Eine Untersuchung der Nebeltage (Sichtweite unter 200 m) in Budapest ergab, daß diese sich zwischen 1981 (16 Nebeltage) und 1984 (37 Nebeltage) mehr als verdoppelt haben. Auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Sonnenscheinstunden von 2074 (Durchschnitt der Jahre 1931-1960) um 12 Prozent auf 1820 (1984) verringert (ebenda, S. 202f.). Bei Messungen der Schwefeldioxyd-Emissionen in der Hauptstadt überschritten im Winter 1983/84 25,5 Prozent, im Sommer 0,2 Prozent der Werte den zulässigen Grenzwert. Beim Staubniederschlag lagen 8,4 bzw. 18,5 Prozent der Meßwerte über der zulässigen Grenze (ebenda, S. 243f.). Aufgrund des wachsenden Verkehrsaufkommens steigen auch die Stickstoffoxyd-Emissionen in Budapest an und verursachen besonders im Sommer Smog-Gefahr. Untersuchungen am Rande der Hauptverkehrsstraßen ergaben, daß die Konzentration von Kohlenmonoxyd und Blei fast immer die erlaubten Grenzwerte, manchmal bis zum Hundertfachen, überstieg.
Ursache der Belastungen ist dabei nicht in erster Linie eine ungünstige Energiestruktur, denn der Anteil der Kohle ist von 1970 50,1 Prozent auf 1984 26,8 Prozent der Energieversorgung zurückgegangen; das Atomkraftwerk in Paks produziert inzwischen sogar ein Drittel der benötigten Energie. Ins Gewicht fallen vielmehr die technologische

Überalterung der Verbrennungsquellen und die mangelhafte Reinigung der Abgase. So stammen drei Viertel der auf 1,4 Mill. Tonnen geschätzten Schwefeldioxyd-Emissionen allein aus der Verbrennung der stark schwefelhaltigen heimischen Kohle in den konventionellen ungarischen Wärmekraftwerken (ebenda, S. 217). Mit knapp 200000 Tonnen Überschuß zählt Ungarn im übrigen zu den Schwefel-Netto-Exporteuren in Europa. Da die Luftverunreinigung von den örtlichen Räten verwaltet wird, stehen die zentralen Umweltbehörden auch den vielen kleinen Verschmutzungsquellen hilflos gegenüber. Schließlich geht ein großer Teil der Emissionen auf das Konto des Kraftfahrzeugverkehrs, der besonders in Budapest zu teilweise unerträglichen Luftverhältnissen geführt hat. Allein der Bestand an Pkw ist innerhalb von 20 Jahren von 100000 auf 1,4 Mill. Fahrzeuge angestiegen, von denen über ein Drittel mit den besonders umweltschädlichen Zweitaktmotoren ausgerüstet sind. Das Durchschnittsalter der ungarischen KFZ beträgt beinahe neun Jahre (ebenda, S. 219ff.).
Die jährlichen Kosten der Luftverschmutzung betragen, einem Bericht der Akademie der Wissenschaften zufolge, mindestens 20-25 Mrd. Forint (650-800 Mill. DM), davon für Korrosion 7-8 Mrd. Forint, für Bodenversauerung 5-10 Mrd. Forint und für das Gesundheitswesen 4 Mrd. Forint (Heti Világgazdaság, 2. 5. 1987). Rund drei Milliarden Forint beträgt allein der wirtschaftliche Verlust für das in Ungarn grassierende Sterben der Eichenbestände, von denen 1983 26,7 Prozent geschädigt waren. Insgesamt betrug die Waldschadensrate damals 10 Prozent, hat sich aber inzwischen auf rund 30 Prozent erhöht. Auch von einer Zunahme der Atemwegserkrankungen ist verschiedentlich die Rede. In einem aufrüttelnden Buch eines ungarischen Journalisten heißt es: „Ich bin in die Industriereviere gefahren, wo aufgrund der giftigen Gase und der Staubverschmutzung die Zahl der an Erkrankungen der oberen Atemwege Leidenden in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen ist. Auf den Grafiken der Lungenheilkundler habe ich den Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und Lungenkrebs begriffen." (István Balogh: Egy korty halál [Ein Schluck Todes], Budapest 1982, zitiert in: Természetvédelem, Nr. 6, S. 11).

Im Bereich der **Müllbeseitigung** verursacht vor allem die ungelöste Entsorgung des Sondermülls schwere Umweltbelastungen. Die ungarischen Behörden begannen sich damit erst zu beschäftigen, als 1981 in Vác mehrere Trinkwasserbrunnen geschlossen werden mußten, weil gefährliche Abfälle auf dem Gelände der Arzneimittelfabrik „Chinoin" das Grundwasser vergiftet hatten. 1982 wurde mit der Erfassung des Sondermülls begonnen, doch das vom Landesamt für Umwelt- und Naturschutz geführte Kataster gilt bis heute als „nicht vollständig". „Die umweltgerechte Beseitigung und Unschädlichmachung eines Großteils der gefährlichen Abfälle ist bis heute ungelöst", heißt es in einem Bericht des Statistischen Zentralamtes. „Von den im Kataster erfaßten gefährlichen Abfällen ist bei 30 Prozent die Entsorgung bzw. Aufbereitung gelöst." (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 282). Wiederholt, zuletzt im Februar 1988 in Monor (vgl. Magyar Nemzet, 17. 2. 1988), hat die unsachgemäße Lagerung von Sondermüll in Ungarn zur Vergiftung des Grundwassers geführt, die die Behörden zu kostspieligen Eingriffen zwang.
Darüber hinaus belastet der wachsende Siedlungsabfall - jährlich etwa 60 Mill. Kubikmeter - die Umwelt, weil nur 40 Prozent davon ordentlich gelagert werden (Természetvédelem, Nr. 5, S. 24). An die öffentliche Müllabfuhr war 1984 erst jeder fünfte Einwohner angeschlossen, und nur ein geringer Teil des Siedlungsmülls gelangt zur Wiederverwertung. Auch bei der Hälfte der flüssigen Siedlungsabfälle ist die Beseitigung unter minimalen Umweltschutzbedingungen ungelöst; vielfach beschäftigen sich LPG's und ähnliche Einrichtungen - praktisch unkontrolliert - mit ihrer Entsorgung. 1984 wurden 472 Lagerstätten gezählt, die nicht abgedichtet sind und bei denen man verstärkt mit dem Versickern der nassen Abfälle rechnen kann (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O., S. 277).

Schwerpunkte des Umweltschutzes

Die Mittel, die in Ungarn für den Umweltschutz bereitgestellt werden, genügen nach Auffassung ungarischer Fachleute nicht, um die Umweltzerstörungen wirksam einzudämmen. „Die Schäden aus der Luftverschmutzung", schrieb beispielsweise die Zeitschrift „Heti Világgazdaság" (2.5. 1987), „erreichen in Ungarn innerhalb von fünf Jahren eine Höhe von 130 Milliarden Forint, die geplanten 5 Milliarden Forint für ihre Verringerung reichen jedoch nicht einmal dafür, die weitere Verschlechterung der gegenwärtigen Lage zu verhindern."
Die Summe der separierbaren Umweltschutzinvestitionen betrug zwischen 1976 und 1983 jährlich 2-5 Milliarden Forint (60-160 Mill. DM), was etwa 0,4-0,6 Prozent der ungarischen Bruttoproduktion entspricht (Gombás, a.a.O., S.37). Im Bereich des **Wasserschutzes** ist außer den Aufgaben des traditionellen Wasserwesens seit Anfang der achtziger Jahre die Sanierung des Balatons Investitionsschwerpunkt; für Baggerarbeiten und den Bau von Kläranlagen, Schmutzwasserkanälen und zwei Rückhaltebecken usw. wurden allein bis 1985 insgesamt vier Milliarden Forint ausgegeben (Népszabadság, 7.11. 1986).
Für die **Luftreinhaltung** wurden im Zeitraum 1976-1980 Mittel in Höhe von 5 Milliarden Forint bereitgestellt. Dadurch verringerte sich die Luftverschmutzung in Budapest bei Schwefeldioxyd um 34,4 Prozent, bei Kohlenmonoxyd um 21 Prozent und bei Staub und Ruß um 51,8 Prozent. Die gleiche Summe steht für die gegenwärtige Planperiode (1985-1990) zur Verfügung und soll die industrielle Luftverschmutzung durch Staub um 22 Prozent, durch Schwefeldioxyd um 1 Prozent, durch Kohlendioxyd um 6,5 und durch Stickstoffoxyd um 0,5 Prozent reduzieren (Népszabadság, 27.3. 1987). Über Veränderungen in der Energiestruktur konnten die 1980 1,63 Millionen Tonnen Schwefeldioxyd-Ausstoß in Ungarn pro Jahr auf 1,4 Mill. Tonnen und die Kohlenmonoxyd-Emissionen von 1,6 auf 1,2 Mill. Tonnen verringert werden. Durch ein Filterprogramm für Kraftwerke in Höhe von 6 Milliarden Forint gelang es, deren Staubemissionen von 240000 Tonnen Staub (1980) auf 128000 Tonnen (1986) zu verringern.
Zur Lösung der Probleme bei der **Müllbeseitigung** beschloß das Staatliche Plankomitee 1982, innerhalb von vier Jahren ein zentrales Netz aus vier regionalen Lagerstätten und zwei Verbrennungsanlagen zu schaffen. Nach erheblichen Verzögerungen, die vor allem durch Proteste der als Standort vorgesehenen Komitate und Gemeinden ausgelöst worden waren (vgl. Pál Tamás: Erdék és kockázatfelismerés [Interesse und Risikoerkennung], Országos Müszaki Fejlődés Bizottsága Rendszerelemzési Iroda [Systemtheoretisches Büro des Landesausschusses für technische Entwicklung], OMFB REI, Budapest, Dezember 1986, S.18), wurde bislang lediglich mit dem Bau einer Verbrennungsanlage für Sondermüll in Dorog begonnen. Für weitere Investitionen sollen erst ab 1990 Finanzmittel zur Verfügung stehen. In Makkjándülő bei Eger wurde deshalb im Oktober 1986 für 14 Millionen Forint ein erstes regionales Zwischenlager für gefährliche Abfälle fertiggestellt, das jedoch zunächst kaum genutzt werden konnte, weil die Unternehmen die Abfälle auf solch unverantwortliche Weise gelagert hatten, daß diese ohne den Ankauf entsprechender Gefäße nicht abtransportiert werden konnten (Népszabadság, 6.5. 1987).

Das Umweltengagement der Bürger ...

Umweltpolitik ist, auch in der offiziellen Interpretation der sozialistischen Staaten, auf die Unterstützung der Bürger angewiesen. Schon Anfang der siebziger Jahre, im Zusammenhang mit der UNO-Umweltschutzkonferenz von 1972 in Stockholm, wurde

der Kampf gegen die Umweltverschmutzung zu einer Aufgabe der Massenorganisationen erklärt, in Ungarn übernahm die Patriotische Volksfront diese Rolle. Seit 1972 ist der Umweltschutz organisierter Bestandteil ihrer Arbeit, ein spezieller Umweltrat (Vorsitz: Imre V. Nagy) fungiert als Konsultativorgan ihres Präsidiums. 1973, 1976 und 1984 berief die Volksfront Landeskonferenzen der im Umweltschutz tätigen gesellschaftlichen Kräfte ein. Auch die Bildung einer Umweltschutzwacht, die Initiierung von „gesellschaftlichen Diskussionen", zum Beispiel über das Umweltgesetz, sowie Baumpflanzungen und Altstoffsammlungen gehörten zu ihren Aktivitäten (vgl. Environment and society, a.a.O.).

Diese Art von Umweltengagement hat jedoch in Ungarn nur einen kleinen Teil der Bevölkerung erfaßt und vermied jede Politisierung dieser Frage. Auf der anderen Seite kam es schon in den siebziger und verstärkt in den achtziger Jahren zu Protesten und offenen Konflikten im Umweltbereich, die sich in der Regel außerhalb der Volksfront formierten. So beschwerten sich erstmals 1973 Bürger im Verlauf von Nominierungsversammlungen mittels Eingaben über die Luftverschmutzung und den Lärm in einem der am stärksten belasteten Bezirke von Budapest. 1977 bewirkte die Empörung der Öffentlichkeit die Schließung des Industriebetriebes „Metallochemia" in Nagytetény, dessen Blei-Emissionen gefährliche Erkrankungen bei Kindern ausgelöst hatten. 1981 sorgte die erwähnte Vergiftung des Trinkwassers in Vác für landesweite Unruhe, und 1982 führten in der Industriestadt Miskolc Bevölkerungsbeschwerden und Fernsehberichte zum Einbau neuer Staubfilter in das Stahlwerk von Diosgyör. 1983 schließlich protestierten Anrainer gegen die gestiegenen Lärmbelastungen nach der Übergabe einer neuen Landebahn des Budapester Flughafens (Miklós Persányi: Környezetvédelem társadalmi támogatással [Umweltschutz mit gesellschaftlicher Unterstützung], in: Társadalmi Szemle, 5/1986, S. 35).

Zur Entstehung von kritischen Umweltgruppen, von breiter getragenen lokalen Umweltprotesten sowie von regelrechten Bürgerbewegungen kam es jedoch erst in der Folgezeit. Budapester Umweltengagierte schlossen sich 1983 unter dem Dach des Kommunistischen Jugendverbandes an der Loránd-Eötvös-Universität zu einem Naturschutzklub zusammen, der bis heute zu den aktivsten Gruppen des Landes zählt und auch ein Periodikum osteuropäischer Umweltgruppen namens „Greenway" herausgibt. In Miskolc nahm im selben Jahr nach langem Ringen mit den Behörden der Naturschutzverein des Komitates Borsod-Abaúj-Zemplén seine Arbeit auf. In Westungarn gründete sich an der Landwirtschaftlichen Fakultät von Mosonmagyaróvár 1984 der Umwelt- und Naturschutzkreis „István Fekete". Auch in anderen Städten sowie an Schulen und Universitäten entstanden ähnliche Gruppen.

... und seine Grenzen

Eine neue Qualität bekam das Bürgerengagement in Ungarn im Zusammenhang mit Plänen der ungarischen und tschechoslowakischen Regierung, am gemeinsamen Donauabschnitt ein gigantisches Staustufensystem zu bauen (vgl. Karl Wagner: Nagymaros. Eine Informationsbroschüre, Wien o.J.). Das Projekt, das in den fünfziger Jahren konzipiert wurde, sah vor, bei Bratislava einen 60-Quadratkilometer-Stausee zu errichten und von dort den Großteil der Wassermassen in einen 30 km langen, betonverschalten Kanal zu leiten, der erst bei der Ortschaft Gabčikovo wieder in den Strom mündet. Eine zweite Staumauer sollte dort erneut das Wasser zurückhalten und es während der Spitzenverbrauchszeiten zweimal täglich ablassen, wobei insgesamt 720 Megawatt Elektroenergie freiwerden. Um die dabei entstehende, vier Meter hohe Flutwelle bändigen zu können, sollte in Höhe des ungarischen Donauknies eine dritte Staumauer errichtet werden, deren Turbinen weitere 160 Megawatt Strom liefern soll-

ten. (Zum inzwischen beschlossenen endgültigen Baustopp für Nagymaros vgl. S. 646).

Die enormen Kosten des Projektes in Höhe von 130 Milliarden Forint, also umgerechnet über vier Milliarden Mark (Budapester Rundschau, 5. 7. 1988), führten dazu, daß es jahrzehntelang in den Schubladen der Kraftwerksbauer ruhte und erst 1977 durch ein zwischenstaatliches Abkommen grünes Licht bekam. Die tschechoslowakische Seite forcierte die Planung, weil die ČSSR auf diese Weise 30 km Flußlauf hinzugewinnt und Bratislava anstelle von Budapest zum Donau-Endhafen für größere Frachtschiffe aus dem Schwarzen Meer wird. Demgegenüber hat die ungarische Regierung inzwischen zu erkennen gegeben, daß sie das Projekt zum heutigen Zeitpunkt nicht noch einmal beschließen würde. Entscheidenden Anteil am Zustandekommen des Staustufensystems hatte die Republik Österreich, die sich in einem Vertrag mit Ungarn dazu bereit erklärte, ihre durch den Baustopp in Hainburg brachliegende Kraftwerksbaukapazitäten und einen Kredit in Höhe von 7,5 Milliarden Schilling zur Verfügung zu stellen, wenn Ungarn im Gegenzug 20 Jahre lang jährlich 1,2 Milliarden Kilowattstunden Strom nach Österreich liefert (Neueste Nachrichten, 29. 5. 1986).

Kritik an den ökologischen Folgen des Projektes wurde zunächst nur in ungarischen Fachkreisen laut. Ein Ausschuß der Akademie der Wissenschaften verlangte 1983 die Einstellung der Planungen, und das Amt für Umwelt- und Naturschutz forderte die Erstellung einer Umweltfolgen-Studie. Weil diese Einwände nichts fruchteten, initiierten Fachwissenschaftler im Januar 1984 eine öffentliche Diskussionsveranstaltung in Budapest, aus der ein spontan gegründetes „Komitee für die Donau" hervorging.

Die Kritiker befürchten, daß das Staustufensystem zur Verschmutzung von unterirdischen Trinkwasserreserven für rund sieben Millionen Menschen führt, weil in dem rundum isolierten Kanal die Schmutz- und Schadstoffe nicht mehr herausgefiltert werden können. Von dem alten Donaulauf, der mit seinen zahlreichen Inseln und Nebenarmen, Feuchtwiesen und verlandeten Flächen, Uferabbrüchen und Waldsukzessionen wie ein natürliches Sieb wirkt, würde nicht viel mehr als ein stinkendes Rinnsal übrigbleiben. Auch dort, wo das Flußbett erhalten bliebe, werde seine Filterwirkung durch das Ansteigen des Grundwassers infolge der Aufstauung zerstört, während es hinter den Staumauern zu einer Absenkung des Grundwasserspiegels und einer Austrocknung der Landschaft käme. Durch das Aufstauen und plötzliche Ablassen des Wassers im Kraftwerk Gabčikovo würden in dem Fluß gezeitenähnliche Zustände hervorgerufen werden; die dadurch notwendig werdende Staumauer im Donauknie bei Nagymaros zerschneide eine der schönsten und historisch wertvollsten Landschaften Ungarns. Insgesamt werde das Staustufensystem mehr als das Zehnfache der in Hainburg bedrohten Auwälder zerstören und der Landwirtschaft große Flächen entziehen. Angesichts der ungarischen Finanznot und der Tatsache, daß Ungarn mehr Strom an Österreich liefern muß, als das mit österreichischer Hilfe errichtete Kraftwerk in Nagymaros überhaupt produziert, und dabei zusätzlich die Betriebskosten zu tragen hat, sei das Projekt auch wirtschaftlich unsinnig.

In einem Brief an die Nationalversammlung und an die Regierung der Volksrepublik Ungarn protestierten 1984 rund 10000 Menschen mit ihrer Unterschrift gegen das Projekt (abgedruckt in: Vízjel, Nr. 2, Oktober 1986, S. 8f.). Während die Unterschriftensammlung lief, organisierte das Donau-Komitee Vorträge und Diskussionsabende in den verschiedensten Orten. Auch der Kommunistische Jugendverband der Philosophischen Fakultät an der Budapester Universität nahm kritisch zu den Plänen Stellung. Das Donau-Komitee beschloß, seiner Arbeit durch die Gründung eines Vereins einen legalen Rahmen zu geben, doch die Verhandlungen mit den Behörden führten zu keinem Ergebnis. Als kurz darauf der Chef des Umweltamtes, der ebenfalls eine Korrektur der Pläne gefordert hatte, pensioniert wurde und die Regierung eine Nachrichtensperre über das Thema verhängte, sprang ein Teil der Kritiker ab, während die übrigen die unabhängige Bürgerinitiative „Donau-Kreis" gründeten.

Der „Donau-Kreis" schwamm in dieser Zeit auf einer Welle der Sympathie. Hunderte hefteten sich seine Anstecknadel mit dem durchtrennten blauen Band als Symbol für die Zerstörung der Donau ans Revers. Seine illegalen Heftchen mit aktuellen Informationen zum Stand des Protestes zirkulierten in der Hauptstadt. Im November 1984 wurden die ersten 6000 Unterschriften eingereicht, andere verschwanden auf geheimnisvolle Weise bei einer „feuerpolizeilichen Kontrolle". Einige Monate später brachten die Umweltschützer das Thema auch in die im Frühjahr 1985 stattfindenden Nominierungsversammlungen zu den Parlamentswahlen ein und stellten sogar eigene Kandidaten auf, die jedoch durch verfahrenstechnische Tricks an einer Kandidatur gehindert wurden (vgl. Választási Almanach 1985, Budapest 1985). In einem Flugblatt wurden die Wähler aufgefordert, nur solchen Kandidaten ihre Stimme zu geben, die gegen die Staustufen eintreten (abgedruckt in: Vízjel, Nr. 2, S. 12).
Im August 1985 legte die Regierung die vom Umweltamt verlangte Umweltfolgen-Studie vor, die bei der federführenden Planungsbehörde in Auftrag gegeben worden war und infolgedessen positiv ausfiel; in der Folgezeit begann ein großangelegter Propagandafeldzug über die Vorzüge des Staustufensystems (vgl. die für westliche Journalisten bestimmte Publikation: Das Staustufensystem Gabčikovo-Nagymaros, Budapress, Nr. 77/85). Radikale Gegner der Staustufen gründeten nun die konspirativ arbeitende Gruppe der „Blauen", die rund zehntausend illegal gedruckte Flugblätter unerkannt verteilte. Andere vertraten dagegen die Auffassung, der Widerstand müßte sich jetzt darauf konzentrieren, wenigstens den Spitzenlastbetrieb und die Staumauer im Donauknie zu Fall zu bringen. Als Anerkennung seiner Verdienste erhielt im Oktober 1985 der „Donau-Kreis" in Schweden den alternativen Nobel-Preis überreicht, doch die Behörden verhinderten, daß über die Preisverleihung in Ungarn berichtet wurde und die 25 000 Dollar zur Gründung einer unabhängigen Umweltstiftung verwandt werden konnten. Projektgegner initiierten nun eine weitere Unterschriftensammlung mit dem Ziel, in Ungarn eine Volksabstimmung durchzuführen.
Die Hoffnung der Ökologen, daß das Projekt schließlich doch noch an der Finanzschwäche Ungarns scheitern würde, geriet ins Wanken, als zum Jahresende 1985 die Kreditverhandlungen mit Österreich bekannt wurden (Die Presse, 29. 11. 1985; Népszabadság, 24. 12. 1985). In Flugblättern, Petitionen und Aufrufen wandte man sich jetzt an die österreichische Öffentlichkeit und forderte sie auf, diesen „Export" von Umweltschäden in ein Land, dessen Bevölkerung sich nicht wehren könne, zu verhindern (vgl. die Großanzeige ungarischer Intellektueller in: Die Presse, 16. 4. 1986). Zusammen mit österreichischen Umweltschützern plante der „Donau-Kreis" im Februar 1986 einen „Umweltspaziergang" in Budapest, der von der Polizei jedoch brutal aufgelöst wurde. Obwohl sogar das Europäische Parlament in Straßburg eine Entschließung gegen das Staustufensystem verabschiedete, unterzeichneten Österreich und Ungarn im Mai 1986 schließlich das Kreditabkommen. Das Sekretariat des Ungarischen Präsidialrates teilte dagegen mit, die Durchführung einer Volksabstimmung sei in diesem Fall „unbegründet". Der Widerstand auf ungarischer Seite zerfiel seit diesem Zeitpunkt zusehends, der Sprecher des „Donau-Kreises", János Vargha, verlor seinen Arbeitsplatz.

Konflikt um Müllverbrennungsanlage

Trotz dieses vorläufigen Mißerfolges hat das Bürgerengagement im Umweltbereich in Ungarn durch den Kampf gegen das Staustufensystem deutlich Auftrieb bekommen. Zu heftigen Auseinandersetzungen kam es in dieser Zeit auch um die Müllverbrennungsanlage für Sondermüll in der nordungarischen Industriestadt Dorog, die unter Zuhilfenahme eines Kredits der Weltbank (ca. 7,5 Mill. US-Dollar) von einer Schwei-

zer Firma gebaut wird (vgl. László Sólyom: A társadalom részvétele a környezetvédelemben [Gesellschaftliche Partizipation im Umweltschutz], in: Medvetánc, 4/1985-1/1986, S. 225ff.; Anna Vári/János Vecsenyi: Az elsö magyar veszélyes hulladék égetőmű telepitésével kapcsolatos konfliktusok elemzése [Analyse der Konflikte im Zusammenhang mit dem Bau der ersten ungarischen Sondermüllverbrennungsanlage], in: Rendszerelemzési modszertani füzetek 14, OMFB REI, Budapest, September 1986). Die Anlage entsteht - nur fünfhundert bis achthundert Meter entfernt von in Windrichtung stehenden Wohnhäusern - in unmittelbarer Nachbarschaft der Doroger Arzneimittelfabrik und soll neben den pharmazeutischen Abfällen aus den drei beteiligten Werken den gesamten Sondermüll aus dem stark industrialisierten Komitat Komárom aufnehmen.

Als der Stadtrat im November 1984 in einer außerordentlichen Sitzung das Projekt mit knapper Stimmenmehrheit genehmigte, wurden in den darauffolgenden Tagen in Betrieben, Geschäften und auf der Straße 2000 Unterschriften unter einen Protestbrief an die Patriotische Volksfront gesammelt. Der regionale Abgeordnete in der Nationalversammlung, Imre Hajmer, unterstützte die Einwände aus der Bevölkerung und bewirkte, daß ein „Komitee örtlicher Sachverständiger" gegründet wurde, das die Pläne mehrheitlich verwarf und einen anderen Standort forderte. Nachdem der Stadt Dorog jedoch eine Reihe anderer Investitionen zur Luftreinhaltung zugesichert wurde, erteilte der Stadtrat erneut seine Zustimmung, und das Komitee wurde nunmehr als „Privataktion" des Parlamentsabgeordneten bezeichnet, der bei den Wahlen im Juni 1985 auch nicht wieder aufgestellt wurde (vgl. das Interview mit Imre Hajmer in: Heti Világgazdaság, 16.3. 1985).

Umweltschützer wandten sich auch gegen einen lukrativen Müllimport aus Österreich, der die Trinkwasserbestände der westungarischen Stadt Mosonmagyaróvár in Gefahr gebracht hat (vgl. A jövő mérnöke, 16.5. 1986; Vizjel, Nr. 1, Juni 1986; Mozgó Világ, 4/1986). Im August 1985 hatte das kommunale Unternehmen FLEXUM einen Vertrag mit der österreichischen Firma Mülltrans abgeschlossen, der die Entsorgung von jährlich 60000 Tonnen österreichischen Mülls in Ungarn vorsah. Entgegen der schriftlichen Zusicherung, daß der Müll keinerlei gefährlichen Stoffe enthalte, wurden jedoch bei einer Untersuchung durch das staatliche Amt VITUKI bedeutende Mengen Schwermetall darin gefunden. Messungen des Grundwassers der in der Nähe der Müllkippe liegenden Trinkwasserbrunnen ergaben darüber hinaus, daß bei einer Reihe von Elementen die Toleranzgrenze bereits überschritten war. Befürchtungen wurden laut, daß ausgewaschene Stoffe von der Müllkippe durch die Strömung des Grundwassers in etwa zweieinhalb Jahren die Trinkwasserbrunnen erreichen würden. Die Parteiführung des Komitats verteidigte jedoch ebenso wie das Unternehmen FLEXUM den Müllimport unter Hinweis auf dessen wirtschaftlichen Vorteile. Erst als der von Studenten und dem Umweltschutzausschuß des Vereins für Stadterhaltung getragene Protest seinerseits Unterstützung durch die Volksfront erhielt, gelang es durchzusetzen, daß die Einstellung der Transporte und die Aufkündigung des Vertrages angeordnet wurden.

Unter dem Eindruck dieser Auseinandersetzungen im Umweltbereich, mit denen die Gefahr einherging, daß sie außer Kontrolle geraten und sich zu einem politischen Konflikt von größerer Tragweite entwickeln könnten, begann man in Ungarn verstärkt darüber nachzudenken, wie das Umweltengagement besser in das politische System integriert werden könnte. Zu den legalen Aktivitäten zählten außer der Arbeit der Volksfront inzwischen auch die Tätigkeit von rund 500 Amateur-Umweltschutzgruppen, die sich an Schulen, Universitäten, Jugendzentren usw. gebildet hatten. Der Kommunistische Jugendverband erklärte 1984 in einem Grundsatzbeschluß die Bewahrung und Erneuerung der Naturschätze zu einem Bestandteil seiner Arbeit und gründete einen Jugendumweltschutzrat mit dem Ziel, die Entwicklung der Umweltschutzbewegung in Ungarn zu fördern. Auch das Politbüro der USAP verlangte in einem

geheimen Beschluß über die Bekämpfung der Opposition vom Juli 1986, daß das Umweltthema nicht den Dissidenten überlassen bleiben dürfe, sondern auf offiziellen Foren zum Gegenstand offener und aufrichtiger Diskussionen gemacht werden müsse.

Im selben Jahr legte das Systemtheoretische Büro des Landesausschusses für technische Entwicklung die Ergebnisse eines Forschungsprojektes vor, in dem erstmals die mit der Umweltfrage verbundenen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen untersucht worden waren (vgl. u.a. die Arbeiten von Sólyom, a.a.O., und Tamás, a.a.O., des weiteren Máté Szabó: Vannak-e alternativ társadalmi mozgalmak Magyarországon? [Gibt es alternative gesellschaftliche Bewegungen in Ungarn?], abgedruckt in: A Zöld Hullám [Die grüne Welle], Budapest 1988, S.9–31, sowie Miklós Persányi: A környezetvédő társadalmi aktivitás feltételei, gyökerei és társadalmi bázisa [Bedingungen, Wurzeln und soziale Basis der gesellschaftlichen Aktivität im Umweltschutz], OMFB REI, Budapest, Oktober 1986; Péter Paczolay: Az ökologiai válság társadalamirányitási dilemmái [Die Gesellschaftslenkungsdilemmata der ökologischen Krise], OMFB REI, Budapest, August 1986).

Auch das Soziologische Institut und das Umweltamt gaben Forschungsarbeiten zu diesem Themenkreis in Auftrag. Das Statistische Zentralamt veröffentlichte 1986 erstmals eine umfangreiche Dokumentation von Umweltdaten, die vorher gar nicht oder nur an versteckter Stelle zugänglich gewesen waren (Központi Statisztikai Hivatal, a.a.O.). Die Presse profilierte sich nun ebenfalls mit, häufig kritischen, Artikeln über Umweltprobleme oder -konflikte in Ungarn.

Im Mai 1986 erschien schließlich in der theoretischen Parteizeitschrift „Társadami Szemle" ein Grundsatzartikel, der das kritische Umweltengagement ausdrücklich befürwortete, so lange es nicht „sozialismusfeindlichen" Charakter annehme.

> Ohne die aktive Mitwirkung gesellschaftlicher Kräfte kann die fachmännischste Umweltschutzpolitik des Staates im Sozialismus keinen Erfolg haben. [...] Deshalb richtet sich die Hauptrichtung der gesellschaftlichen Umweltschutzaktivität nicht gegen die Grundlagen der Gesellschaft, auch dann nicht, wenn das Ziel nicht ein konkreter Fall, sondern die Beendigung von gesellschaftlichen Widersprüchen ist, die die konkreten Situationen hervorrufen. (Persányi, a.a.O., S.30)

Die politische Führung setzte dem Umweltengagement dennoch – nicht nur im Fall der Donau-Bewegung – enge Grenzen. Mehrere Anläufe von Umweltschützern, ihren Aktivitäten durch die Gründung eines Vereines einen legalen Rahmen zu verleihen, wurden, zuletzt im Mai 1987, abgewiesen. Der Vorschlag der Landesumweltkonferenz von 1984, einen „Verband Ungarischer Umweltschützer" unter dem Dach der Volksfront zu gründen, wurde ebenso auf Eis gelegt wie ein gleichgerichteter Plan des Umweltamtes. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verhinderte die politische Führung nicht nur jede kritische Diskussion in der Öffentlichkeit, sondern ließ die Bevölkerung auch über das Ausmaß der radioaktiven Belastungen im unklaren. Vergeblich traten auch umweltengagierte Juristen für die Aufhebung der (verfassungswidrigen) Restriktionen bei Vereinsgründungen, für die (verfassungsgemäße) völlige Legalisierung von unabhängigen Bewegungen, für die Einführung von Bürgerbeteiligung im Planungsprozeß, für ein Klagerecht gegen staatliche Entscheidungen sowie für die auch von der Volksfront vorgeschlagene Durchführung von Volksentscheiden ein (vgl. Sólyom, a.a.O., sowie das Interview mit demselben Autor in: Élet és Irodalom, 22.5. 1987).

Reformer dulden Umweltengagement

Die Spielräume für das Bürgerengagement im Umweltbereich weiteten sich erst aus, als der ungarische Reformprozeß - unter dem Einfluß der Veränderungen in Moskau - insgesamt eine neue Dynamik annahm. Im April 1987 genehmigten die Behörden erstmals eine spektakuläre Demonstration von Budapester Umweltklubs gegen die verheerenden Luftbelastungen in der Hauptstadt. Im Dezember wurde der lange vergeblich erhobenen Forderung nach Schaffung eines Ministeriums für Umweltschutz entsprochen. Im Februar 1988 gab die Volksfront überraschend die jahrelang verschobene Gründung des Umweltschützerverbandes bekannt, von der allerdings die Umweltgruppen an der Basis weitgehend ausgeschlossen blieben. Im Gegenzug wurden das Informationsnetz alternativer und ökologischer Gruppen „Túlélés" (Überleben) sowie ein unabhängiger Jugendumweltschutzverband in Szeged gegründet.

In dem veränderten innenpolitischen Klima, das sich schließlich auch in der Ablösung von Parteichef János Kádár niederschlug, erwachte auch die Donau-Bewegung zu neuem Leben. Ende Mai 1988 veranstalteten der „Donau-Kreis" und die unabhängige „Bajcsy-Zsilinszky-Gesellschaft" zusammen mit österreichischen Umweltschützern eine Demonstration mit mehreren tausend Teilnehmern durch Budapest, über die auch die Medien berichteten (Budapester Rundschau, 20.6. 1988). Die kritischen Einwände, die zuvor unterdrückt worden waren, erhielten nun in der Presse Raum - häufig allerdings verbunden mit dem Hinweis, daß der Bau aus wirtschaftlichen Gründen nun nicht mehr gestoppt werden könne. Im Juli empfingen dann der Präsident der Ungarischen Akademie der Wissenschaften sowie das Politbüro-Mitglied Rezső Nyers eine Delegation der Umweltschützer, zu der auch der Sprecher des „Donau-Kreises", János Vargha, gehörte.

Das ungeheure Tempo, das der Umbau des politischen Systems in Ungarn seit dem Sommer 1988 entwickelt, hat auch die Bedingungen für ein kritisches Umweltengagement grundlegend verändert. Nach seiner faktischen Anerkennung durch die politische Führung folgte im Januar 1989 die juristische durch die Verabschiedung des Vereinigungs- und des Versammlungsgesetzes. Politische Manifestationen müssen in Ungarn nunmehr nur noch drei Tage vorher der Polizei gemeldet werden - in geschlossenen Räumen nicht einmal dies. Ein Verbot, gegen das auf gerichtlichem Wege Einspruch erhoben werden kann, kann sich nur auf Ort und Zeit, nicht jedoch auf den Gegenstand der Veranstaltung beziehen. Politische Vereinigungen - mit Ausnahme von bewaffneten Verbänden und Organisationen, die vorwiegend ökonomischen Zwecken dienen - können jederzeit in jeder beliebigen Form gegründet werden und müssen lediglich dem Gericht gemeldet werden.

Die darin enthaltene juristische Legalisierung von Parteigründungen wurde im Februar 1989 auch politisch untermauert durch den Beschluß des Zentralkomitees der USAP, in Ungarn das Mehrparteiensystem einzuführen. Im April bot die USAP den wichtigsten unabhängigen politischen Organisationen, die wie Pilze aus dem Boden gesprossen sind, ein Rundtischgespräch nach polnischem Vorbild an. Die erstarkende Opposition lehnte jedoch solche Kooperationsangebote der Partei bislang mehrheitlich ab, da - angesichts des nach wie vor bestehenden Machtmonopols der USAP - von gleichberechtigten Verhandlungen keine Rede sein könne.

Unter diesen Umständen hat das Engagement von Umweltschützern eine nie zuvor dagewesene Breite und Vielfalt erhalten. Im September 1988 veranstaltete der „Donau-Kreis" eine internationale Konferenz, an der sich auch die Akademie der Wissenschaften beteiligte. Im November ließ er sich offiziell als Verband registrieren und informierte in Budapest und der Provinz an selbst ausgerufenen „Donau-Tagen" die Bevölkerung über das Staustufenprojekt. Auch die neuen politischen Organisationen haben eigene Sektionen für Umweltschutz gebildet, prominente Umweltschützer sind ihnen beigetreten. Eine grüne Partei hat sich zwar noch nicht gegründet, wohl aber

eine „Blaue Liste", die einen ökologischen Dienst aufbauen und bei den nächsten Wahlen für jene Kandidaten mobilisieren will, die das Programm der Liste unterzeichnet haben.
Ende Januar 1989 hielten die wichtigsten Umweltgruppen unter dem Titel „Zöld Hullám" (Grüne Welle) eine Beratung ab, auf der sie u.a. einen Rechtsausschuß bildeten, der die zahlreichen geplanten neuen Gesetze unter ökologischen Kriterien prüfen soll. Im März forderten sie auf einer Demonstration den Rücktritt des Umweltschutz-Ministers László Maróthy, der, um die Kritiker einzubinden, seinem Ministerium einen beratenden Umweltschutzrat zur Seite gegeben hat. Neue Bevölkerungsproteste entzündeten sich an einem geplanten Lager für radioaktive Abfälle in Ófalu bei Pécs und an der alarmierenden Abkühlung des heißen Sees von Hévíz aufgrund des nahen Bauxit-Bergbaus - in beiden Fällen erfolgreich.
Vor allem aber wurde das in Bau befindliche Staustufen-Projekt Nagymaros zunehmend zum Gegenstand einer Machtprobe zwischen Führung und Opposition, deren Auswirkungen bis in das ungarische Parlament reichten. Der kritische Abgeordnete Zoltán Király hatte im Sommer 1988 - zunächst im zuständigen Ausschuß, dann im Plenum der Nationalversammlung - einen sofortigen Baustopp sowie die Einsetzung einer internationalen Expertenkommission gefordert; der Vizepräsident des Parlamentes empfing eine Delegation von Bürgerinitiativen, deren Petition sodann in den Korridoren des Parlamentsgebäudes ausgelegt wurde. Im Oktober 1988 stand das Projekt erstmals im Parlament zur Abstimmung, während draußen die Staustufen-Gegner demonstrierten; von 367 Abgeordneten stimmten 19 dagegen, 31 - darunter Rezsö Nyers - enthielten sich der Stimme (Budapester Rundschau, 17.10. 1988).
Die Umweltinitiativen, die sich zu einem Aktionsbündnis zusammengeschlossen haben und von der Opposition unterstützt werden, nahmen die Entscheidung des Parlamentes zum Anlaß, nunmehr Unterschriften für die Abhaltung einer Volksabstimmung zu sammeln, die in der ungarischen Verfassung (allerdings ohne genaue Durchführungsbestimmungen) grundsätzlich vorgesehen ist. Im November 1988 verständigte sich das ZK nach langem Widerstand über die Grundzüge eines Gesetzes über Volksabstimmungen, wonach 100000 Menschen ein Plebiszit verlangen können, doch im Fall des Staustufensystems lehnte die Führung eine solche ab. Als im März 1989 rund 130000 Menschen den Aufruf unterschrieben hatten, brachten einige Abgeordnete das Thema erneut auf die Tagesordnung des Parlamentes, vor dem sich Ministerpräsident Németh überraschend bereiterklärte, bis zur nächsten Sitzung die Frage eines Referendums zu prüfen, einen Gesetzentwurf über Volksabstimmungen vorzulegen und bis dahin nichts am Projekt zu tun, was „nicht mehr wiedergutzumachen" sei. (Budapester Rundschau, 20.3. 1989)

Ein spektakulärer Beschluß - Baustopp in Nagymaros

Wie sehr die ungarische Regierung durch den schrittweisen Demokratisierungsprozeß zur Rücksichtnahme auf die Stimmung in der Bevölkerung gezwungen ist, wurde deutlich, als sie im Mai 1989 noch vor der entscheidenden Parlamentssitzung einen endgültigen Baustopp für das Kraftwerk Nagymaros verkündete. Mit dieser unerwarteten Kehrtwendung trug Ministerpräsident Németh weniger den vielfach erörterten ökonomischen und ökologischen Argumenten Rechnung als vielmehr der gegenwärtigen und noch zu erwartenden Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse in Ungarn. Indem er die Regierung aus einem innenpolitischen Konflikt herausführte, der deren Glaubwürdigkeit immer mehr belastete, die Stellung der Opposition jedoch stärkte, profilierte er sich ein weiteres Mal gegenüber dem zunehmend unter Druck geratenden Parteichef Károly Grósz als handlungsfähiger Reformpolitiker.

Die Regierung nahm dabei nicht nur den Konflikt mit den konservativen Parteikreisen und der starken Lobby des Energie- und Wasserwesens in Kauf, sondern auch die Brüskierung ihrer österreichischen und tschechoslowakischen Vertragspartner, die nunmehr Schadensersatz und möglicherweise auch die Zahlung einer Konventionalstrafe fordern werden. Westliche Experten vermuten, daß 40 bis 60 Prozent der riesenhaften, jedoch nie genau bezifferten Investitionssumme für die ČSSR verloren sind, da mit dem Verzicht auf Nagymaros auch kein Spitzenlastbetrieb in Gabčikovo möglich ist. Während die slowakische Teilrepublik in Preßburg Ungarn Völkerrechtsbruch vorwarf, heißt es demgegenüber in einer Expertise des Budapester Rechtswissenschaftlers László Valkai, daß die ungarische Regierung die Verträge, wie bereits mehrfach geschehen, in Verhandlungen lediglich abändern müsse. Eine Entschädigung für die Investitionen in das Staustufenprojekt, das auf ungarischer Seite bereits zu 25 Prozent und auf tschechoslowakischer Seite sogar zu über 60 Prozent fertiggestellt ist, könne zudem im RGW nur auf Basis von Warenlieferungen erfolgen.

Resümierend betrachtet, ist Ungarn ein gutes Anschauungsobjekt, ob und wie sich die verschiedenen Stufen des Reformprozesses in sozialistischen Ländern auf die Lage des Umweltschutzes auswirken. Wirtschaftliche Reformen, wie sie in Ungarn schon 1968 eingeleitet wurden, führen danach für sich allein genommen keineswegs zu größerer Wirksamkeit der Umweltpolitik. Der Übergang zu Dezentralisierung und Gewinnprinzip in der ökonomischen Sphäre ist nicht von einer Entwicklung wirksamer indirekter Steuerungsmechanismen im Umweltbereich begleitet worden, so daß die Unternehmen Umweltschutz nur als zusätzlichen Kostenfaktor bei insgesamt knapper werdenden Investitionsmitteln betrachten. Gerade im Umweltbereich hat der um sich greifende „Ökonomismus", der von einer neoliberalen Marktwirtschaftsphilosophie gefördert wird und die Vernachlässigung der nichtproduktiven Sphäre begünstigt, einschneidende Folgen - ein Zukunftsproblem jeder sozialistischen Reformpolitik. Hinzu kommt, daß der Verzicht auf eine parallele Reform des politischen Systems und der Rechtsordnung dazu führt, daß sich keine wirkliche gesellschaftliche Kontrolle entfalten kann, ohne die sich auch im Reformsozialismus jene mächtigen industriellen Interessensgruppen in Staat und Wirtschaft ungehindert durchsetzen, die aus kurzfristigen egoistischen Überlegungen heraus einen wirksamen Umweltschutz blockieren.

Allein die Legalisierung demokratischer Kritik und Selbstorganisation, wie sie in Ungarn gegenwärtig vor sich geht, führt allerdings ebenfalls nicht automatisch zur Berücksichtigung ökologischer Interessen in Politik und Wirtschaft. Die Bedeutung von Bürgerinitiativen und Medienberichterstattung als kritisches Korrektiv hat zwar zugenommen, doch in der Regel wirken sie reaktiv und können Fehlentwicklungen nur in einzelnen Konflikten bekämpfen. Voraussetzung für einen wirksamen Umweltschutz ist, daß die politischen Entscheidungsstrukturen einer demokratischen Kontrolle geöffnet werden, so daß frühzeitig auf Planungen und die Gestaltung der ökonomischen Rahmenbedingungen Einfluß genommen werden kann. Hinzu kommen muß ein allgemeiner Bewußtseinswandel, der vom allmählichen Übergang zur Dienstleistungs- und Konsumgesellschaft, in der Fragen der Lebensqualität eine wachsende Rolle spielen, gefördert wird. Die weitere Entwicklung in Ungarn wird zeigen, ob es unter den Bedingungen radikaler politischer Reformen zu jener Aufwertung des Umweltschutzes kommt, die in Osteuropa so dringend geboten wäre.